

ROSEMARIE HEIN, MDB

Digitalisierung und politische Bildung

„Revolution des Einheitsmenschen“, so hieß ein Kurzvideo einer Gruppe Jugendlicher, die sich auf der Youth-Leadership-Konferenz im Februar 2016 mit Fragen der Manipulierbarkeit durch digitale Medien auseinandergesetzt haben. Ihr Beitrag wurde auf dem 4. Nationalen MINT-Gipfel dem Publikum vorgestellt. Mich hat der Beitrag beeindruckt. Die Autor*innen setzten sich mit kritischem Blick mit ihrer Umwelt auseinander, kritisieren mangelnde Transparenz und Mechanismen der Beeinflussung durch Werbung und forderten die Möglichkeit einer selbstbestimmten, von manipulierenden Vorgaben unabhängigen Entwicklung, das Recht, den eigenen Weg finden zu können, mehr Transparenz in der Gesellschaft und die Möglichkeit ihrer Mitgestaltung.

Das sind selbstbewusste, kritische Menschen, die Angebote und Aussagen hinterfragen, die das unbedingte Interesse haben, sich ihre eigene Meinung bilden zu können. Mit solch einer aufgeschlossenen Jugend, die sich einbringt und ihre Rechte einfordert, aber auch Verantwortung übernehmen will, muss einem nicht bange sein.

Was hat das mit politischer Bildung und was mit Digitalisierung zu tun?

In Reden und Aufsätzen über die Lage in der Gesellschaft wird heute mitunter ein abgewandeltes Zitat aus Shakespeares „Hamlet“ bemüht: „Die Welt ist aus den Fugen ...“. Das entspricht dem Lebensgefühl vieler Menschen. Nach dem Ende des Kalten Krieges ist die Welt nicht friedlicher geworden. Vielmehr haben sich Konflikte verschärft, neue sind aufgebrochen. Das ungehemmte wirtschaftliche Wachstum in den reichen Ländern und die Profitgier weniger zerstören den gesellschaftlichen Zusammenhalt und verschärfen die soziale Spaltung in Deutschland, in Europa und weltweit. Die europäische Idee einer friedlichen Gemeinschaft ist gefährdet: Die Abschottung gegen andere außerhalb der Europäischen Union auf der einen Seite und der Brexit auf der anderen sind Ausdruck falscher politischer Entscheidungen. Statt eines demokratischen und sozialen Europas haben wir eines der Banken und Konzerne bekommen und eines der nationalen Egoisten. Die Spaltung zwischen Armut und uner-

messlichem Reichtum bildet sich nicht nur innerhalb eines Landes und auf europäischer Ebene ab, sondern auch zwischen dem Norden und dem Süden. Der Versuch, Konflikte in der Welt mit Waffengewalt zu beseitigen, verschärft sie nur. Frieden ist weltweit nicht in Sicht. Stattdessen sind weltweit viele Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Hunger, Naturkatastrophen. Und: Das trotz der sozialen Spaltung immer noch insgesamt reiche Europa schließt seine Tore vor Armut und Not, macht die Grenzen dicht.

In dieser Situation wächst bei manchem die Neigung, einfachen, menschenverachtenden Erklärungsmustern zu folgen. Es entsteht aber auch bei vielen der nicht unbegründete Eindruck, dass die derzeitige Politik den Herausforderungen nicht gewachsen ist. Viele Menschen fühlen sich nicht mehr ernst genommen. Populismus, Chauvinismus, Spaltung, Ausgrenzung, Nationalismus werden wieder zur politisch relevanten Größe. Rechtes Denken ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Dies alles geschieht in einer Zeit, in der die technischen Möglichkeiten der Information und Kommunikation durch digitale Medien nahezu unbegrenzt sind. Soziale Netzwerke, Facebook, Twitter und Co. sorgen dafür, dass wir nahezu in Echtzeit informiert werden und informieren können. Doch eben diese Medien sind nicht nur offen für authentische Informationen, auch „fake news“ und „social bots“ kommen vermeintlich authentisch daher. Auch sie prägen Meinungen und Urteile.

Manche denken nun an Vermeidungsstrategien, sehen in den digitalen Medien eine Bedrohung. Einige Pädagog*innen und Wissenschaftler*innen empfehlen, Kindern den Zugang zu Smartphone und Co so lange wie möglich zu verwehren oder zumindest zu begrenzen. Andere, die aus den technologischen Möglichkeiten Gewinn erhoffen – und Gewinn meint hier nicht nur finanzielle Rendite – beschwören ebenso einseitig die großen Chancen. Hilft hier eine kulturelle Maschinenstürmerei? Oder ist alles erlaubt, was geht?

Ein Bekannter hat vor Jahren in einer Diskussion auf die Frage hin, ob man jeden technischen Fortschritt einfach so mitgehen kann, gesagt: Alles, was technisch machbar ist, wird auch gemacht werden – von irgendwem. Zu verhindern ist das nicht. Er hat wohl recht. Aber sind wir darum zum Zuschauen verdammt? Die jungen Leute, die das eingangs zitierte Video drehten, haben für sich die Antwort gefunden. Nichts muss man hinnehmen. Es ist eine Frage des

kritischen Umgangs, des gesellschaftlichen Anspruchs, der Achtsamkeit, eine der Ethik und der Moral.

Das gilt auch für das Verhältnis von Digitalisierung und politischer Bildung.

Politische Bildung findet heute immer mehr im digitalen Raum statt. Sich mitteilen können, politische Meinungen setzen, teilen, kommentieren, liken, zurückweisen, ist längst eine Form der politischen Auseinandersetzung geworden. Aber in den oft verkürzten, teilweise bruchstückhaften Informationen muss man sich orientieren können. Das schließt ein, dass Kenntnisse notwendig sind über das Funktionieren dieser Medien, über Quellen und ihre Verlässlichkeit. Es setzt Urteilsvermögen voraus und eine kritische Distanz. Medienkompetenz ist selbst zu einer Kulturtechnik geworden. Die muss erlernt werden.

Eine Schule, die mit einem Bildungskonzept daherkommt, das auf Auswendiglernen baut, ist dabei wenig hilfreich. Das kritische Hinterfragen und Diskutieren von Bildungsinhalten und ihrer Sinnhaftigkeit ist aber heute in den meisten Schulen immer noch eine kaum vorstellbare Alternative. Vielmehr sind Bildungsinhalte oft als unabänderlich und nicht hinterfragbar gesetzt, schließlich werden sie in den Prüfungen – zum Beispiel im Zentralabitur – abgefragt und die Ergebnisse des Auswendiglernens entscheiden über die Abiturnote und damit über Bildungszugänge. Selbst wenn Lehrkräfte das gern anders machen würden, lassen es die bildungspolitischen Vorgaben nicht zu.

Ich bin in einer Schule gebildet worden, in der die Lehrkraft immer recht hatte. Möglicherweise hatte sie das auch. Der Lehrplan war Gesetz, wissenschaftlich fundiert, nicht infrage zu stellen. Was geschrieben steht, ist gültig – ein solcher Grundsatz führt eher zur unkritischen Übernahme von Meinungen. Ich habe später gelernt, zu hinterfragen, auch die eigenen Überzeugungen. Wann und durch wen lernen das heute junge Menschen? Und ich habe durch das wissenschaftliche Arbeiten gelernt, dass auch wissenschaftlich fundierte Sichtweisen unterschiedlich sein können und dass der wissenschaftliche Streit eine Quelle der Erkenntnis ist. Heute muss die Fähigkeit, kritisch zu hinterfragen, Lernprinzip von Anfang an sein. Das aber erfordert ein anderes Bildungsverständnis, eines, das nicht mit unverrückbaren Gewissheiten daherkommt.

Um den Umgang mit digitalen Medien zu lernen – also wirklich den Umgang, nicht nur die technischen Fertigkeiten des Bedienens von Smartphone und Tablet

– muss digitale Technik in den Bildungseinrichtungen verfügbar sein. Und das in allen Schulen und nicht nur auf einem Stand, der in die Jahre gekommen ist.

Die Bundesregierung hat einen Digitalpakt beschlossen. Fünf Milliarden stehen zur Verfügung. Das klingt gut, ernüchtert aber, wenn man die Dimensionen genauer anschaut. Sie sollen im Verlauf von fünf Jahren in die Schulen fließen und sind auch quasi nur die Erstausrüstung. Über die Erneuerung und Administration der Systeme ist (noch) nicht nachgedacht worden. Über 40.000 Schulen haben wir bundesweit, deren materielle und technische Ausstattung liegt in den meisten Fällen bei den Kommunen. Bedenkt man nun noch die Rasananz der technologischen Entwicklung, werden wir in fünf Jahren weder alle Schulen ausgestattet haben, noch mit dem technischen Entwicklungstempo Schritt halten können. Nun meinen einige, den Umgang mit digitalen Medien müsse man nicht am neuesten Modell lernen. Das hört sich doch aber an wie das Pfeifen im Walde.

Nicht nur regional ist angesichts des immer noch lückenhaften Breitbandausbaus die Verfügbarkeit von schnellem Internet eingeschränkt. Auch der Erwerb der nicht ganz billigen Lernmittel ist für Lernende mit geringem Einkommen schwer oder nicht zu tragen. Mindestens kurzfristig müsste ein nutzbares digitales Endgerät zur Schulausstattung im Bildungs- und Teilhabepaket gehören. Eigentlich muss es, wie andere Lernmittel auch, kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Doch auch die Lehrkräfte müssen inhaltlich, didaktisch und technisch so ausgebildet werden, dass sie souverän mit digitalen Medien arbeiten können. Das gilt für alle Schulformen und Schulstufen, das gilt aber auch für außerschulische Akteure in der Bildung, in der beruflichen, allgemeinen und politischen Weiterbildung und so fort.

Schließlich bedarf es entsprechender Software und Speicherkapazitäten, die Interaktion verlässlich ermöglichen.

Kurz, alle Probleme, die sich für die Umsetzung digitaler Bildung auftun, prägen auch die digitale Dimension der politischen Bildung.

Mit digitalen Medien ist eine neue Möglichkeit entstanden, sich schnell und individuell politisch zu informieren. Das ist eine große Chance, kann demokra-

tische Prozesse beleben, neue Beteiligungsstrukturen schaffen. Was wäre, wenn die Abgeordneten des Deutschen Bundestages oder auch die Vertreter*innen in kommunalen Parlamenten ihre Ideen, bevor sie die in Anträge oder Beschlüsse gießen, der Öffentlichkeit zur Diskussion vorstellen. Ich habe das zum Beispiel mit der Idee für ein bundesweites Bildungsrahmengesetz so versucht. Aber die Kultur der Beteiligung ist noch entwicklungsfähig. Natürlich beraten sich gute Abgeordnete immer mit den Fachleuten ihres Politikbereiches. Manche so intensiv, dass die eigene Meinung dahinter verschwindet – man nennt das dann Lobbyismus. Im Unterschied zu jener Bevorzugung von Lobbygruppen, die einen erleichterten Zugang und so Einfluss auf Politik haben, würde eine solche öffentliche Debatte zu gravierenden Gesellschaftsproblemen, die alle einbezieht und deren Debattergebnisse dann in Lösungen einfließen, die Demokratie wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Politische Beteiligung, Mitsprache und Mitentscheidung könnten hier ganz demokratisch und ohne Zugangshürden entstehen. Es wäre eine Aufgabe des neu zu wählenden Bundestages, dafür geeignete Formate der Beteiligung zu finden. Politik nicht mehr top down, sondern bottom up. Demokratie für alle und jederzeit.

Allerdings bedarf es dafür auch eines besseren Wissens um Mechanismen der Meinungsbildung in der Gesellschaft und fachliches Urteilsvermögen auf solidem populärwissenschaftlichem Niveau. Auch hier könnte mehr Offenheit und Transparenz helfen, die über das Netz frei verfügbar wäre.

Es ist aber eben auch notwendig, die Fähigkeit zur politischen Meinungsbildung angesichts der Informationsflut des Netzes zu entwickeln. Wie können zum Beispiel die Prinzipien politischer Bildung, das Überwältigungsverbot und das Kontroversitätsgebot bei der Information im Netz gesichert werden? Öffentliche Angebote politischer Bildung wie das der Bundeszentrale für Politische Bildung können das leisten. Andere transportieren im Netz vor allem ihre eigenen Interessen. Ausgewogenheit ist da oft nicht zu erwarten, was auch die Vielzahl der digitalen und frei verfügbaren Unterrichtsmaterialien zeigt. Kontroversität entsteht dann nur, wenn man die andere Meinung gezielt auch sucht. Informationen, so solide sie daherkommen mögen, ersetzen nicht die Fähigkeit zum kritischen Hinterfragen, die jede und jeder einzelne haben sollte. Sie zu entwickeln ist selbst Aufgabe politischer Bildung. Urteilsvermögen und Resilienz gegen Manipulation müssen stärker Ziel von Bildung werden. Das wiederum ist nicht allein eine Aufgabe von Schule, sondern von allen Akteuren in der Bildung.

Ein großes und für mich nicht gelöstes Problem ist die Frage, wie man alle erreichen und mitnehmen kann. Niedrigschwellige Angebote sind erforderlich und zielgruppengenaue Formate. Politisches Interesse, politische Urteilsfähigkeit wächst am schnellsten in der politischen Beteiligung. Die muss eine Kultur der Auseinandersetzung und einen Streit um Werte einschließen. In einer von Ausgrenzung und Egoismus geprägten Gesellschaft sind humanistische Werte zum Abriss freigegeben, und wo diese nicht fest verankert sind, können sich Populisten etablieren. Dies zu verhindern erfordert das Zusammengehen aller demokratischen Kräfte. Politische Bildung hat die Aufgabe, im Zeitalter der Digitalisierung diese Auseinandersetzung zu führen.

„Die Zeit ist aus den Fugen; Schmach und Gram, dass ich zur Welt, sie einzurichten, kam.“¹ Dieser Satz aus Shakespeares „Hamlet“ ist wieder aktuell. Die jungen Leute aus dem Video über den Einheitsmenschen müssen diese Aufgabe lösen. Die Welt wieder einrichten – das erfordert Weitsicht und Selbstbewusstsein, Kreativität und Handlungsfähigkeit, Debattenkultur und Durchsetzungsfähigkeit – eben eine gute politische Bildung. Digitale Medien sind dabei ebenso Weg und Mittel für politische Bildung wie politische Bildung erforderlich ist für eine gute und sichere Orientierung in der Informationsflut des Netzes.

1 Hamlet, Erster Aufzug, fünfte Szene